

18 Millionen für Bayreuther Straße

Verschimmelte Wände, vergammelte Duschen: Die Obdachlosenunterkünfte im Stadtteil West sind in einem miserablen Zustand. Abriss und Neubau wären zu teuer. Stattdessen will die Stadt die Wohnungen auf Vordermann bringen. Doch es gibt noch viele ungeklärte Fragen.

VON REBEKKA SAMBALE

Eine Zentralheizung statt Öleinzelföfen, eine bessere Dämmung und eine Innensanierung – das sieht die Stadt für die Obdachlosenunterkünfte in der Bayreuther Straße vor. Rund 18 Millionen Euro müssten dafür in die Wohnblöcke in diesem Gebiet investiert werden, so sagte es Yasemin Yildirim vom städtischen Gebäudemanagement am Donnerstag im Sozialausschuss und ergänzte: „Ein Abriss der Häuser in der Bayreuther Straße kommt nicht in Frage.“ Dieser wäre unwirtschaftlicher als die Sanierung, auch sei die Gebäudestruktur mit verschiedenen großen Wohnungen sinnvoll.

Derzeit sind die vornehmlich Ein- bis Vierzimmerwohnungen in einem schlechten Zustand, wie im Ausschuss Fotos von verschimmelten Wänden und vergammelten Gemeinschaftsduschen zeigten. Wann die Blöcke saniert werden, ist nicht klar. Die Kostenschätzung bezieht sich laut Yildirim auf 2021/22. Baudezernent Klaus Dillinger (CDU) verweist auf Anfrage auf das Sozialkonzept, mit dessen Inhalten die Baupläne zunächst abgeglichen werden müssten. Erst dann könnte darüber in den Gremien entschieden werden. Beides – Sanierungs- wie Sozialkonzept – hatten CDU und SPD im Stadtrat bereits im April 2017 gefordert. Wie berichtet, wur-

de daraufhin ein zunächst städtischer Arbeitskreis gegründet, in dem seit Ende 2018 auch die freien Träger vertreten sind. Dazu gehört die Ökumenische Fördergemeinschaft (ÖFG), die bereits in den Einweisungsgebieten aktiv ist.

477 Personen lebten Ende 2017 in den beiden Einweisungsgebieten Bayreuther Straße und Mundenheim West (Flur- und Kropsburgstraße). Doppelt so viele Männer wie Frauen. Diese Zahlen stellte Andrea Hilbert von der Koordinierungsstelle für Psychiatrie vor. Ende der 90er waren es mehr als 1000. Die Anzahl ist zurückgegangen – die Probleme sind es nicht. Sehr unterschiedliche Menschen werden gemeinsam dort untergebracht, „teilweise mit Doppel- und Mehrfachdiagnosen“, wie Hilbert sagte, viele mit psychischen Problemen.

Während man in baulicher Hinsicht und in der Analyse des Status quo konkreter wurde, blieb das Sozialkonzept im Ausschuss im Vagen. Zu den Zielen gehört es laut Hilbert, Menschen weg von der Einweisung hin zum Mietvertrag zu bringen. Denkbar wäre auch, das Angebot der „Street Docs“ um ein psychiatrisches zu erweitern und mit der Wohnungsbaugesellschaft zu kooperieren. Auch sollen Bewohner der Gebiete „zügig in den Entwicklungsprozess“ einbezogen werden. Das fordert auch ÖFG-Geschäftsführer Walter Münzenberger im Gespräch mit der RHEINPFALZ. „Wir stehen noch ganz am Anfang, was das Sozialkonzept betrifft“, sagte er, ist aber froh, dass die freien Träger „endlich einbezogen werden“. Wie berichtet, ist auch geplant, bestimmte Personengruppen aus den Einweisungsgebieten herauszuholen und dezentral in den Stadtteilen unterzubringen. Laut Sozialdezernentin Beate Steeg (SPD) bestehe dieser Plan immer noch.

SPD-Politiker Holger Scharff betonte, „dass Bau und Soziales eng verzahnt“ werden müssen und forderte schnelles Handeln. „Bis 2021



Blick in die Bayreuther Straße: Die Wohnungen in den Bereichen ganz links und ganz rechts (im Hintergrund) gehören zu den Blöcken, die saniert werden sollen. Fast 500 Menschen leben hier.

FOTO: KUNZ

ist es noch eine lange Zeit“, kritisierte er. Peter Uebel (CDU) bezeichnete das Vorgestellte als „zaghaften Beginn“ und appellierte: „Es sollte für uns machbar sein, dass wir diese Menschen versorgen. Wir sind da schuldig.“ Ibrahim Yetkin von den Grünen kritisierte Grundsätzliches, etwa, dass die Bewohner in den Einweisungsgebieten keinen Mietvertrag und somit nicht die damit verbundenen Rechte haben.

Für das Gebiet Mundenheim West gibt es noch keine konkreten Pläne. Wie Yildirim sagte, habe man sich zunächst vertiefend auf die Bayreuther Straße beschränkt. 2017 war im Stadtrat angeregt worden, freie Areale in der Kropsburgstraße mit Schlichtwohnungen zu bebauen. Ob in diesen auf drei Zimmer angelegten Häusern jedoch auch Ein- und Zweizimmerunterkünfte eingebaut werden können, sei „noch nicht abschließend geprüft“.

KOMMENTAR

Kein Schwarzer-Peter-Spiel!

VON REBEKKA SAMBALE

Wenn mehrere Dezernate an einem Projekt arbeiten, beschleunigt das die Sache nicht gerade. Darunter leiden letztlich die Obdachlosen.

Jahrelang hat sich an der Stadtspitze niemand für die Einweisungsgebiete interessiert. Jetzt ist endlich ein Aufbruch zu erkennen. 18 Millionen Euro für die Sanierung allein eines der Gebiete ist ein Wort, das Sozialkonzept in Arbeit – auch wenn es dazu noch wenig Konkretes gibt. Richtig ist: Das eine geht nicht ohne das andere. Man kann noch so sinnvoll sanieren – wenn sich niemand mit den Menschen befasst und sie unter-

stützt, werden sie nie in ein eigenes, geregeltes Leben kommen. Die beiden Dezernate dürfen sich aber auf keinen Fall gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben. Aus dem Sozialdezernat heißt es: Die Mühlen beim Bau mahlen langsam. Es könne deshalb zunächst nur kleinere Hilfen geben. Beim Baudezernat verweist man auf das Sozialkonzept, ohne dass es nicht weitergehe. So hilft niemand den Menschen vor Ort.

—ANZEIGE—

präsentiert:

BAUSALON
Messe für Bauen, Wohnen und Energie

23.+24. Februar 2019
Frankenthal, CongressForum tägl. 10-18 Uhr

www.bausalon.com

10172984_20_2